

Die Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Geschäftliches Jahrgangsbüro: Hauptpreis 120 Mark, durch die Post 140 Mark, ohne Zustellgebühr. Druck u. Verlag: Verlags-Gesellschaft, 1. u. 2. Poststraße, Merseburg, Halle, Verlagsnummer 14. Fernruf 1048, 1047, 1231. Geschäftsleitung: Spandauer 12-12-10.

Der Einzelpreis beträgt 15 Mk. für den 30-Minuten-Abdruck und 20 Mk. für den 1-Stunden-Abdruck, einschließlich des Druckmaterials. Anzeigen bis zum 1. Oktober 1922. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Halle, den 18. November 1922.

Einzelpreis 10 Mark

Sonnabend, den 18. November 1922

2. Jahrgang. Nr. 271

Die Götterdämmerung bei den USPD-Workern

Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung — Die USPD-Worker rebellieren gegen die Beteiligung an der verschleierten Stinnesdiktatur — Hüfnung der Forderungsurruhen

(Eigene Drahtmeldungen)

Die Regierungsbildung geht nun mit den größten Schwierigkeiten vor sich. Nach heute früh erklärten die Sozialdemokraten in „Berwärts“ wiederholt, daß sie durchaus nicht abgeneigt sind, mit Herrn Cuno eine sozialdemokratische Regierung zu bilden. Der Streit scheint sich hauptsächlich um die Person des Herrn Hermes zu drehen, der vom Zentrum abgelehnt wird, aber von der Partei, der er parteipolitisch am nächsten steht. Das Zentrum spielt offenbar die Rolle der beständigen Zuspätkerung. Er ist jedenfalls wieder in die Regierung hineingefahren worden.

Wie der „Berwärts“ in einem Artikel zu der Lage schreibt, hat die USPD ebenfalls Verständnis dafür gezeigt, daß die Bildung der Regierung, die aus einer rationalen Art entsteht, nicht verzögert werden kann. In diesem Verständnis auch bei anderen Parteien vorhanden, dann wird es zu einer Verständigung kommen.

Der Regierungsbildung durch Cuno stehen allerdings Schwierigkeiten im Wege, so sehr auch die gesamte Arbeiterbewegung die Beauftragung mit der schwierigen Aufgabe begrüßt. Die Interessen der verschiedenen Kapitalistengruppen unter einem Hut zu bringen und die Sozialdemokratie für das Kapital identifizierbar einzumachen. Der neue Reichstag, der am 18. November in der ersten Sitzung die Vertreter des großen Handelskapitals, der Verbindungen mit dem amerikanischen Großkapital und dem durch die Hauptkapitalisten der Welt, die nun allerdings überlegend ein amerikanisches Unternehmen ist. Die Arrangements sind ebenfalls durch den früheren Direktor der Kruppwerke, Wiedfeldt, der nun als Vertreter der deutschen Republik bei den amerikanischen Krediten fungiert, geübt worden. Die Krupp-Gruppe ludte im Gegensatz zu den Stinnes-Verbindungen mit Amerika. Die Krupp-Gruppe steht auch in Verbindung mit dem Wolf-Konzern, dessen Interessen im Reich, Altemeier (bei der auch Krupp engagiert ist), Interspannung-Werke, Krupp & Co., Bergbau-Industrie, „Berwärts“, H. G. für Stahl und Eisenindustrie und der großen Organisation Wolf. Am ist die Wolf-Gruppe auch mit der USPD und dem Sozialismus in enge Beziehung gekommen. In der Generalversammlung der USPD am 16. November 1922 wurden Otto Wolff als Leiter der Unternehmensleitung und Generaldirektor der Reichsanstalt für den Amtssitz der Gesellschaft aufgenommen. Im Wolf-Konzern bildet sich eine unzufriedene industrielle Gruppe heraus, die englisch-amerikanisch orientiert, in einem Reichsministerium Cuno eine feste Stütze findet und die in gewissem Interessengegenstand zum Stinnes-Konzern steht.

Der bisherige Finanzminister Hermes war bekanntlich, obwohl er Zentrumsmann ist, der Vertrauensmann der „Deutschen Arbeitspartei im Reichskabinett“. Er ist wie Stinnes insofern orientiert. Daraus erklärt sich wohl der Kampf, der um die Person des Herrn Hermes geführt wird. Aber diese Schwierigkeiten werden leicht überwinden werden. Das nächste Hindernis wird wohl die große Koalition und damit die Beschäftigung sein. Je ruhiger, desto besser wird die Lösung sein.“ (Berwärts, „Kommunistische Zeitung“).

Die Großbourgeoisie weiß, daß ihre Kräfte noch nicht völlig zur Durchföhrung reif sind und braucht die Unterstützung der Arbeiterbewegung. Auch er will die Kräfte um jeden Preis, auch wenn hunderttausende Arbeiter durch Hunger, an Entfröhrung und Tuberkulose zugrunde gehen.

Die sozialdemokratischen Führer haben sich bereits einverstanden mit dem Generaldirektor des Reichsministeriums erklärt. Sie sind bereit, ihre Minister in die Regierung des Großkapitals zu schicken. Unter dem Druck der Mitglieder haben die sozialdemokratischen Führer die große Koalition abgelehnt. Aber jetzt wird ja nicht das Kabinett der großen Koalition, sondern das „Kabinett der Arbeiter“ gebildet. Mit diesem Reichsministerium Cuno eingegangen werden. Aber auch die USPD-Worker beginnen die Reichsministerien ihrer Führer zu durchsuchen. Während der Durchföhrung des in der letzten Note an die Reparationskommission enthaltenen Stinnesprogramms verlangt, rebellieren die Arbeiter in den Fabriken der USPD.

In allen Betrieben, Werksstätten, Bureaus müssen die Arbeiter über den Charakter dieser Regierung und die Rolle der sozialdemokratischen Führer aufgeklärt werden. Es muß erhöhte Arbeit geleistet werden zur Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampfe gegen das Kapital und seine Regierung.

Rebellion in der USPD.

(Eigene Drahtmeldungen)

Wie wir schon erfahren, hat nach mehrföhriger Diskussion die stöhrigste Funktionsernennung der Berliner USPD, eine Entföhrung angenommen, die die Reichsregierung auffordert, nur in eine solche Regierung einzutreten, die die Gewöhr für die Stabilisierung der Mark und die Sicherung des 8. Kundentages gibt.

Die Parteileitung der Leipziger USPD, nahm folgende Entföhrung einstimmig an: Die Parteileitung erklärt sich gegen jede Beteiligung an einer Regierung mit der Stinnespartei und

ih der Auffassung, daß das „Kabinett der Persönlichkeiten“ nur eine verüllte Diktatur der Stinneskräfte werden würde.

Nach hier rebellieren die USPD-Worker gegen die Beschöftigung der Reichsregierung. Die kommunistische Organisation der USPD, hat eine Entföhrung angenommen, in der proklamiert wird gegen die verschleierte große Koalition unter der Maske des „Kabinetts der Persönlichkeiten“. Sie verlangt von der Reichsregierung die stärkste mögliche Opposition gegen eine solche Regierung der Stinnesdiktatur.

Leuerungsurruhen ohne Ende

(Eigene Drahtmeldungen)

Hier ist es zu jüngeren Unruhen gekommen, über die nähere Nachrichten noch ausstehen.

Hier ist von den Arbeitern ein Kontrollausschuß eingesetzt worden, dem die Stadtverwaltung jedoch die Anerkennung verweigert. Es ist mit schweren Zusammenstößen zu rechnen.

In der letzten Nacht kam es zu Unruhen, wobei verschiedene Geschöfte ausgeraubt wurden.

Die Erregung der Arbeiter steigert sich immer mehr. Die Sozialdemokraten der „Kommunistischen Zeitung“ schreiben, daß sie sich nicht darüber täuschen, daß in den meisten Arbeitsstätten große Unruhen eintreten werden.

In Braunschweig kam es vor dem Ministerium und vor der Markthalle zu Leuerungsdemonstrationen. In den Betrieben soll heute die Unruhenstimmung zu einer allgemeinen Leuerungsbewegung übergegangen sein.

In Berlin-Charlottenburg wurde gestern Abend ein Unruhenstimmung geplündert, weil der Verkaufspreis der preiswert ausgehenden Waren als bereits veräußert bezeichnet und für andere Waren wesentlich mehr fordert.

In der Bundesstaaten und sozialdemokratischen Presse sind die Unruhen natürlich mit den höchsten moralisierenden Entföhrungen zeitlich gepaßt. Selbstverständlich fordert man dann das allerhöchste Eingreifen der betreffenden Macht gegen kommunisistische Unruhen.

Wer sind die wirklichen Flöhrer? Unweifelhaft jene lauten Redner, die ihren Willen an den Produktionsmitteln dazu benutzen, die Not des Volkes durch maßlose Preiserhöhung zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Und bei diesem Geschäft machen die Großgrundbesitzer und industriellen Großkapitalisten ganz zuweilen an der Spitze, allerdings, an den Verföhrern der deutschen Wirtschaft hat sich die Gruppe Stinnes aufgeschwungen. Ohne Gewalt, ohne viel Geräusch mit der Schwärze der Preissteigerung hat sie den Staat und hat sie das ganze Volk gründlich ausgebeutet. Mit seinen letzten Steigerungen brachte der Staat und die Wirtschaft zu dem Zustand, der sich als die Ursache der Not bezeichnet. Mit dieser maßlosen Preissteigerung erzwang man ein Einströmen der Preise aller Erzeugnisse.

Das tolle Preissteigen macht alle Verbraucher dem industriellen Großkapital tributpflichtig. Die Kaufkraft ihres Lohnes sinkt rasch. Nach den amtlichen Feststellungen sind zum Beispiel die Löhne der Metallarbeiter in Groß-Berlin für die Zeit vom 23. Oktober bis 9. November 1922, gegenüber den Löhnen des Jahres 1914, nur um das Zwanzigfache gestiegen.

Groß, sehr groß ist der Abstand zwischen den Lohnverhältnissen und den gewöhnlich voraussetzenden Preissteigerungen. Den höchsten Lohnverhältnissen von etwa dem Zweifelhundertfachen steht eine Preissteigerung der Lebenshaltung um mindestens das Sechshundertfache gegenüber.

Niemand ist in der Lage, in zahlreichen proletarischen Familien, der Hunger treibt zur Verzweiflung, treibt auf die Straße. Es besteht denn oft nur einer Art, um die Verzweiflung zu überwinden, ein Sturm an einen gestülzten Laden zu rennen. Und es gibt genug Dankeföhrungen, die aus dem Abdruck der bürgerlichen Gesellschaft emporquellen, bereit, ein Krämchen zu rennen, um in dem Gestimmte dem eigenen egoistischen Sandeck sich hinsetzen zu können.

Weniger kräftig dringt die Erkenntnis, daß nur ein planmäßiger, gemeinsamer Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Wirtschaft vor weiterer Verelendung schützen könne. Die Erkenntnis wird bereits lebendig in den sich überall bildenden Arbeitergruppen von etwa dem Zweifelhundertfachen steht eine Preissteigerung der Lebenshaltung um mindestens das Sechshundertfache gegenüber.

Notwendiger denn je wird nun ein einheitliches und planmäßiges Vorgehen des Proletariats. Mit den Kontrollausschüssen müssen die Arbeiter die Preissteigerung überwinden und beschließen, notwendige Maßnahmen vorzunehmen. Den Betriebsräten obliegt die Aufgabe, die Produktion zu kontrollieren und die Durchführung des notwendigen Stinnesprogramms zu verhindern.

Zum Reichsbetriebsrat

Finanz- und Steuermaßnahmen

Die Kontrolle und Regierungsverhalten der Arbeiterregierung organisatorisch-technische Maßnahmen, die an und für sich ohne Eingriffe in die Eigentumsrechte der Unternehmer möglich sind, so wird doch eine Arbeiterregierung, die es ernst nimmt mit der Regelung der Staatsfinanzen, ohne solche Eingriffe nicht auskommen. Das ist keine Neuerung, auch im Reichstag haben die Herren Unternehmer das längst erkannt: sie himmelst hoch dem Staat und der Staatsanleihe zu und sie haben auch die unterschiedlichen Kriegsgeldern mehr oder weniger in den Sparten für sich gehalten. Aber mit diesen „Sparten“, die die Herrschaften natürlich durch Ertragssteuern hundertfach einholen, ist den deutschen Finanzen nicht geholfen, und eine Arbeiterregierung wird deshalb einen Plan durchzuführen haben, der, so leicht das klingt, von den Sozialdemokraten ausgerechnet worden ist: die sogenannte Entföhrung der Schwärze, d. h. die Konfiskation von Aktienkapital und die direkte Konfiskation des Staates an den Unternehmern. Gegen diese Maßnahmen haben sich die Unternehmer natürlich ganz besonders heftig. Und doch kommt man um diesen Schritt nicht herum, und je länger sie sich sträuben, desto stärker werden die Eingriffe von vornherein sein müssen.

Denn die deutschen Finanzen können auf keine andere Art gerettet werden. Hier hilft keine Anleihe — die überdies nicht gewährt wird — und kein Moratorium, an das die Entente niemals denkt. Hier hilft nicht einmal die reichsweite und gestiegene Einziehung von Steuern allein, die eine Arbeiterregierung natürlich leicht durchzuführen haben wird.

Denn wenn auch durch die früher erwähnten Kontroll- und Konfiskationsmaßnahmen die Finanzen gebessert werden können und sogar Grundlagen zu einer Währungsreform geschaffen werden — die Erfüllungsgesetzgebungen, die aus dem Reichsrat Vertrag kommen, bringen zu härteren Zusätzen, als Steuermaßnahmen allein sie bieten.

Alle voll doch „Erfüllungspolitik“ betrieben werden? Ja, solange die Machtverhältnisse der Staaten nicht geändert sind. Aber die Erfüllungspolitik, die eine deutsche Arbeiterregierung treiben wird, hat nicht das geringste zu tun mit der Erfüllungspolitik, welche die Stinnes und die Handlanger auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands betreiben.

Nicht Erfüllungspolitik als Kollaterale des Proletariats, sondern Verweigerungspolitik als Kollaterale der Weisenden — das muß die Lösung der Arbeiterregierung, also auch des Reichsbetriebsratentrages sein.

Nicht Sachverföhrung durch Stinnes und die Entente-Stinnes, sondern Sachverföhrung durch die Regierung des deutschen Proletariats — das ist die Durchföhrungsmaßnahme.

Diese einfachen Grundlinien müssen die Grundlinien des Finanz- und Steuerpolitik der Arbeiterregierung sein, welche alle indirekten Steuern abzuschaffen hat, alle Verbrauchssteuern, die nur die ertüchtigsten Klassen belasten, und die dafür die Weisenden unbarbarisch mit Verbrauchssteuern, Anleihen, Währungsreform, Währungsreform hat, um die Staatsfinanzen zu stillen.

Diese so einfachen Gedanken kann und muß der Reichsbetriebsrat populär machen.

Er muß dabei alle denjenigen Schichten der Bevölkerung, die sich zur Verfügung stellen, aber ihrer Lebenshaltung nach proletarisiert sind, zeigen, daß diese Maßnahmen, die sie, aufgeführt von Kirche, Presse, Schule und Regierung, fürchten, ihnen nur zum Nutzen gereichen können, daß sie, so schon an Steuern weit weniger werden zu tragen haben, als bisher, daß die neue Regierung durch ihre Lebensmittelpolitik ihnen neue Existenzmöglichkeiten gibt, daß sie für Kleidung, Wohnungen, Mütter, Wöhrerinnen, Kinder — um einige Dinge nur zu nennen, ohne die ausführlich zu reden uns der Platz verbietet — lozen wird und lozen kann im Gegensatz zur heutigen Regierung, die zwar, auf Verordnungen seiner Staatsfunktionäre mit gutem Einkommen, dem „Dank des Vaterlandes“ — ähnlich ihnen, Cashen reibt, aber die Mittellosigkeit all der Beamten, Rentner, Invaliden, Witwen usw. einfach verurteilen lassen muß, weil die Kapitalmagnaten kein Interesse an deren Wohlfahrt haben.

Wahltag der kühnsten Kommunisten

(Eigene Drahtberichte)

Das Endergebnis der Betriebsräte in Ost- und Westpreußen, das die kommunistische Partei erhielt 175 Mandate, von 175 kommunisistischen Stimmen haben 165, in fünf verschiedenen nationalen Sektionen repräsentierten Sozialdemokraten gegenüber. Der Wahltag wird das Wahlergebnis, wenn es mit den bisherigen Werten verglichen wird. Demnach haben die Kommunisten bis neue Mandate gewonnen, die bisherigen Sozialdemokraten 51 und die polnischen Sozialdemokraten 28 Mandate verloren.

Die SPD. fördert die Leuerung

Der kommunistische Antrag auf Abschaffung der Umsatzsteuer abgelehnt (Eigener Bericht)

Berlin, 17. November.

Vor einem Dutzend Abgeordneten wurde heute im Reichstag zunächst ein Antrag auf Ermäßigung der Zinrentensteuer in anderer Fassung beraten.

Genosse Rosen

beantragt hierbei gleichzeitig Aufhebung der gesamten Einkommensteuer in der angelegentlichsten Weise. Die Kommunisten wollen mit der wachsenden Leuerung bis zu einer Unkenntlichkeit entsetzlichen Verhältnissen die Umsatzerlöse der Lebensmittelverarbeiter erhöhen. Diese qualvolle Willkürdiktatur muß endlich dem Reichstag abgenommen werden. Für ein Paar Stiel muß der Arbeiter jetzt einen Lohn von 4 Wochen ausgeben. Wenn die Bevölkerung kein Strohhaus mehr kaufen kann, so muß auch darunter der Wohlstandsgedanke schwer leiden. (Ein Paar Stiel wird nach den Vorschriften der Schindmachersinnung in der zweiten Hälfte des November 28 000 Mk. kosten.) Die Kinderlosigkeit in allen Städten zeigt nach amtlichen Statistiken überall in entsetzlicher Weise. Die deutsche Regierung treibt mit ihrer Umsatzerlöselei das, was sie der Reparationskommission vorwirft, nämlich die Untergrabung der Gesundheit breiterer Volksteile. Jeder, der diese Umsatzerlöselei mitmacht, macht sich an der steigenden Schindmachersinnung mit. Die Kapitalisten zahlen jetzt erst ihre Einkommensteuer für 1920/21. Der Arbeiter hat seine Einkommensteuer im voraus zu dem jeweiligen Markkurs zahlen. Die Steuerermäßigung der Wohlenden ist ungeheuerlich. Die Umsatzerlöse ist ein Verbrauchssteuer und nichts anderes. Wenn man die Umsatzerlöse unter die Verbrauchssteuer rechnet, so ist das eine fröhliche Verherrlichung der Bevölkerung. Auch mit Steuern über die Kraft, aber mit Steuern über die Not der Gesellschaften. Die Besteuerung der Kapitalisten ist eine Ungerechtfertigung und eine Benachteiligung der Wohlenden. Die Schwierigkeiten der Konsumvereine sind noch ärger als die Not der Preise. Sie sind keine Händler, sondern Unterverteiler, darum beantragen wir für den Fall, daß unser Antrag auf gänzliche Befreiung der Umsatzerlöse abgelehnt wird, die Aufhebung der Besteuerung der Konsumvereine. Wer für die Aufrechterhaltung der Umsatzerlöse eintritt, fördert die Leuerung, macht sich mit schuldig an den Vermögensverlusten und den Hungermühen der Massen. Dagegen kann nur helfen proletarische Selbsthilfe durch Kontrollauslässe und Betriebsräte, Arbeiterregierung oder Große Koalition — das sind die Fragen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen und die die Arbeiterorganisationen zu beantworten haben. (Beifall bei den Komm.)

Der Antrag der Kommunisten auf Aufhebung der Umsatzerlöse wird gegen die Stimmen unserer Genossen und der Bedenken-Gruppe abgelehnt. Gegen ihn, wie auch gegen die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzerlöse stimmte auch die SPD. Angenommen wurde der Auswahlantrag betreffs Ermäßigung der Zinrentensteuer in zweiter und dritter Beratung. Hierauf wurde die Ausrede über die neue Geschäftsordnung des Reichstages mit einer Rede Ledebours fortgesetzt, der sich besonders gegen die Vertagung der Redezeit auf 1/2 oder 3/4 Stunde wandte. Die Abstimmung über die wichtigsten Paragraphen, deren Grundtendenzen auf Abschaffung der Opposition abzielt, wurde am Sonntag 12 Uhr verlegt.

Poincaré fordert neue Wähler

Paris, 17. November.

In der Kammer hat Poincaré eine Rede gehalten in der er zur neuen deutschen Reparationsentscheidung Stellung nahm. Er führte aus: Neueste Lösung auch gefunden wurde, um die Lage zu verbessern wieder in Ordnung zu bringen, Frankreich könne nur eine Lösung annehmen, die seine Stellung als souveränere und unabhängiger Staat sichert. Frankreich könne auf seine Wähler nicht zugunsten anderer Gläubiger verzichten, und wenn ein Moratorium bewilligt werde, so könne das nur zu den Bedingungen geschehen, die im Londoner Ausschussbericht wurden, d. h. durch Bewilligung effektiver Forderungen. Frankreich verlangt nur einige der von den Deutschen verlangten Stills. Die Wähler können kein Moratorium ohne Wähler, ohne gewisse Garantien und ohne eine ernsthafte Kontrolle der deutschen Finanzen bewilligen. Poincaré rechnet mit der aktiven Teilnahme sämtlicher Wähler.

135prozentige Papierpreiserhöhung in 14 Tagen

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 17. November.

Der Preis für ein Kilogramm Zeitungspapier ist mit Wirkung vom 15. November auf 2000 Mk. angehoben worden. Am 31. Oktober kostete ein Kilogramm Zeitungspapier nur 1480 Mk., am 1. November wurde der Preis auf 1650 Mk. angehoben. Das bedeutet also eine 135prozentige Preiserhöhung innerhalb von 14 Tagen.

Der Papiermangel geht immer weiter. Die Regierung verspricht unaufrichtig Maßnahmen gegen die Inflation und — läßt in Wirklichkeit die Papiermangel weiter kochen und walfen. Die Ausfuhr von Druckpapier hat sich sogar gegenüber von 1913 gewaltig vermehrt, große Auslandsbestände werden auf deutschem Papier gedruckt, während in Deutschland eine Zeitung nach der anderen ihr Existieren einstellen muß. Am härtesten von diesem Papiermangel ist natürlich wiederum die Leutenpresse betroffen. Das Stimmesfallt benötigt die Gelegenheit, um weiter Zeitungen anzufangen und eine größere Verbreitung der kapitalistischen Presse auch in der Arbeiterkreise herbeizuführen. Angenommen verfallenden, daß kapitalistische Unternehmer in Not befindlichen Zeitungen durch Ankauf oder Beteiligung zu helfen bereit sind, Angewandte dieser Bemühungen der Kapitalisten, eine Erhöhung der Arbeiterbewegung herbeizuführen und angeht die des ungenutzten Papiermangel, der die Existenz der Arbeiterpresse bedroht, ist es vornehmlich Pflicht jedes Arbeiters der kommunistischen Partei, dem einzigen Sprachorgan des revolutionären Proletariats, treu zu bleiben und neue Abonnenten zu gewinnen.

Amtliche Organisation des Streikbruchs

Auf der Linie Leipzig-Wartmannsdorf wurde folgende Sachtelegraphisch gegebene Meldung aufgenommen:

Leipzig, den 18. November.
Sofort 6. N. in sämtliche Dienststellen!
Die Herren Dienststellen-Vorsteher wollen durch persönliche Nachfrage bei den ihnen unterstellten Bediensteten feststellen (auch bei Überleitungspersonal), unter welchen Bedingungen sie sich für den Fall eines Streikes zur Aufrechterhaltung des Betriebes zur Verfügung stellen wollen. Und zwar getrennt nach Fabrik-Dienststellen, Weichenwärtern, Zugbegleitpersonal, Rangierern und sonstigen Bediensteten (z. B. Telephonbediensteten). Hierbei ist zu trennen a) nur für die eigene Station, b) auch für fremde Stationen.
Da die Mehrheit der SPD. unmittelbar beauftragt, ist umgehend 5. nötig. Die SPD. werden von hier aus inbestimmte Aufgaben gemacht.
Diese Meldung zeigt, daß die Bahnhöfe unfähig sind, die ausfallenden Lokomotiven so zu regeln, wie es im Interesse sowohl

Die Tagung des 4. Weltkongresses

Diskussion über den Bericht des EA. und Schlusswort Sinowjews

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-sitzung.

(Radiobere. „Appel“)

Moskau, 12. November.

Nach Reimig Ploesere (Frankreich) wird die kommunistische Partei Frankreichs mit Recht kritisiert. Frankreich sei der Zentrum der Kontinentalrevolution, daher muß von den dortigen Kommunisten eine geistige Führerschaft ermarret werden.
Domitri (Polen) meint, daß die Kommunisten mit ihrer Taktik die Massen für die kommunistischen Parteien, nicht aber für irgend ein breiteres Gebilde gewinnen sollen. Er äußert die schlechten Folgen der Einheitsfronttaktik auf und ist der Meinung, daß die Kommunisten keine Mandatierungsparolen, sondern nur reale Forderungen aufstellen dürfen.
Kolocoff (Bulgarien) legt dar, daß die Tätigkeit der Weltkongressorganisation zu wünschen übrig lasse. Die Einheitsfronttaktik sei praktisch erfolgreich angewandt worden. — Seiden (Tschechoslowakei) heisst die Tätigkeit der Exekutive gut, behauptet aber die Annulierung des Ausschusses der internationalistischen Opposition.
— Kandler (Ungarn) verteidigt die ungarischen Emigranten gegen Anschuldigungen Sinowjews. Peter (Ungarn) betont, daß die Exekutive mit Recht in der ungarischen Exekutive besteht. Den Standweisen Forderungen muß ein Ende gemacht werden.
Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Abend-sitzung.

Die Abend-sitzung wurde um 8 Uhr eröffnet.
Marshall (Belgienische Staaten) führt aus, daß der Konflikt in der amerikanischen Partei darin besteht, daß die Carr-Fraktion nur die kommunistische Partei auszuweisen, während keine Fraktion sich auch an die Spitze einer legalen Massenpartei stellen wollte.
Saulina (Belgienische Staaten) bezieht die Marshall-Fraktion als opportunistisch. — Blomhoff führt namens der Jugend aus, daß die kommunistische Jugend nicht nur theoretisch die Einheitsfront akzeptiere, sondern sie auch praktisch fördere. Er wünscht die reifliche Durchführung der Beschlüsse.
In seinem Schlusswort führt Sinowjew aus, daß es verschiedene Arbeiterregierungen gibt. Jede bürgerliche Regierung ist eine kapitalistische Bourgeoisregierung, nicht aber jede Arbeiterregierung eine proletarische Arbeiterregierung. Die Bourgeoisie hat Vorkörper in der Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse aber leidet nicht in der Bourgeoisie. — Man kann bei der Arbeiterregierung vier Haupttypen feststellen: In Australien gab es lange Zeit hindurch eine liberale Arbeiterregierung. Eine ähnliche Konstellation finden wir in England. Unter den gegebenen Umständen kann eine derartige Regierung keine rechte Bourgeoispolitik treiben. Die Kommunisten müssen eine solche Regierung niemals unterstützen. — Ein dritter Typus der Arbeiterregierung ist die sozialdemokratische Regierung, die von uns ebenfalls bedingt unterstützt werden muß. — Ein dritter Typus ist die Sozialistenregierung aus Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Kommunisten usw. Sie kann der Ausgangspunkt für die Diktatur des Proletariats werden. — Der vierte Typus, die wirkliche Arbeiterregierung ist nur das Neubornen für die Diktatur.
— Jede Arbeiterregierung kann der Lebensgrundlage für die Diktatur werden. Nicht die Form, sondern der politische Inhalt ist das

woraus es entommt. Das wichtigste ist: die Bourgeoisie wird nicht freiwillig auf ihre Herrschaft verzichten. Also erst muß der Sturz der Bourgeoisie herbeigeführt werden.
Bei der Errichtung der Arbeiterregierung sind zwei Dinge zu unterscheiden. Erstens: Ist sie ein Mittel, um den Verständnis der Arbeiter näher zu kommen? Zweitens: besteht die historische Möglichkeit für sie? Wir haben eine geschickte Arbeiterklasse, die nach in geistiger Beziehung von der Bourgeoisie abhängt. Die Aufklärung muß verschiedene Wege gehen. Sinowjew verweist hierbei auf die Taktik der Einheitsfront.
Ob eine Arbeiterregierung wirklich kommt, ist sehr fraglich; viel leicht ist sie nur ausnahmsweise möglich. Der Hauptinhalt der Arbeiterregierung ist der Kampf gegen die Bourgeoisie.
Wir müssen jede Illusion bekämpfen, daß die Arbeiterregierung gleichbedeutend sei mit dem friedlich schmerzlosen Übergang. Die Arbeiterregierung ist kein Schlag für die Diktatur, für den wir bereit sind.
Die opportunistische Gefahr ist sehr groß. Nicht früher steht darüber, daß der dritte Weltkongress unterhalten habe, mit der Levi-Gruppe radikal abbrechen. Der darin waren damals auch einige der besten Elemente der SPD. mit enthalten. Es galt, Levi zu isolieren, um diese Elemente seiner Gruppe für die Partei zu retten. Das ist uns gelungen. Auch die Exekutive hat die Fehler der Kathenau-Aktion kritisiert. Die Einheitsfront ohne vollständige Agitationsmöglichkeit ist Selbstmord. Richtig wäre es gewesen, die Konvention zu kritisieren, um keine Illusionen von der bürgerlichen Republik zu erwecken. Wir dürfen nicht bilden, daß die Partei wie „arme Verwandte“ behandelt wird. Der selbständigen Partei gehört die Zukunft.
Vollzogenes Programm ist sehr schlecht. Damit wird die Frage der internationalistischen Opposition nicht gelöst. Die Exekutive hat in der Ausschlußfrage richtig gehandelt. Die Internationale muß sich überall für die Erhaltung guter Arbeiterverhältnisse entscheiden. Entweder führt die Diktatur oder sie hat die ganze Internationale gegen sich. Domitri behauptete, die Einheitsfront sei für Polen unrichtig. Aber gerade in Polen, wo die SPD. das Schicksal der Arbeiterregierung heraufschuf, hat die Einheitsfront viel Nützliches auf Erfolg. Domitri war bei dem Vorschlag der Roten Armee auf Marshall gegen die Waffenhilfe. Das war Nationalismus in veredelter Form. Wenn die Bourgeoisie sich gegenmäßig mit Waffen hilft, können das die Arbeiter auch tun. Es bleibt sich dabei gleich, ob es amerikanische, polnische, italienische, deutsche, französische oder russische Arbeiter die Hilfe bringt. (Starker Beifall des ganzen Kongresses.)

In der Kammer ist jetzt die Rechtsfrage der Beschlüsse des Vorkongresses, die in den objektiven Bedingungen begründet ist. Der Opportunismus wird bekämpft. Schwirrende Zeiten der Weltreaktion werden noch kommen, doch wird die Kommunisten die Arbeiterklasse zu gegebener Zeit zur Offensive führen. (Anfangsalbender Hinweis auf Beifall.)
Domitri ist die Debatte über den ersten Tagesordnungspunkt es beigt.
Die Resolution befragt die nötige Billigung des Verfahrens der Exekutive, erklärt die Beschlüsse der Exekutive in der Kongress-Auswahlsitzung für bindend und deren Verletzung als Disziplinverstoß. Weiter wird die strenge Durchführung der 21 Punkte gefordert.
Die Resolution wird bei Stimmenmehrheit der italienischen Mehrheit vom Kongress angenommen.

Das englische Wahlergebnis

Die letzten Meldungen bringen das Ergebnis fast aller Wahlen, so daß ein ziemlich endgültiges Bild über die Zusammenfassung des neuen englischen Parlaments entworfen werden kann. Es lassen im ganzen noch 5 bis 10 Ergebnisse aus. Die Konservativen haben 545, die Arbeiterpartei 141, die Liberalen 37 und die Lloyd George-Liberalen 52 Sitze erhalten. Auf verbleibende kleinere Parteien entfallen weitere 12 Sitze. Unter den Arbeitermandatären befinden sich bisher zwei Kommunisten.
Am alten Parlament waren die Parteien wie folgt verteilt: Konservativen 380, Lloyd George-Partei 120, Arbeiterpartei 76, Asquith-Partei 32. Die Konservativen und die Lloyd George-Partei bilden die Koalitionregierung. Das gegenwärtige Wahlergebnis bedeutet eine völlige Niederlage der Lloyd George-Partei, eine schwache Schwächung der Konservativen und die Erhaltung der Mandate der Arbeiterpartei und der oppositionellen Liberalen Asquith-Partei. Beim englischen Wahlsystem, das weder Proportionalwahl noch Stichwahlen kennt, kommt das eigentliche Wahlergebnis in den Mandaten nicht zur Geltung. Einer Londoner Schätzung zufolge wurden bei den Wahlen auf die Konservativen über 5 Millionen, auf die Arbeiterpartei über 4 Millionen, auf die Asquith-Liberalen 2 327 774 und auf die Lloyd George-Partei 1 450 892, auf verbleibende andere Parteien zusammen 670 919, d. h. im ganzen 13 648 800 Stimmen abgegeben, wobei die Gesamtheit der Stimmentragenden über 20 Millionen beträgt. Schon dieses Stimmverhältnis zeigt, daß die Arbeiterpartei bei einer Proportionalwahl oder bei Stichwahlen weit mehr Mandate hätte erhalten müssen.
Obwohl die konservative Regierung eine Mehrheit von etwa 80 über alle anderen Parteien haben wird, zweifelt man nicht daran, daß die harte Arbeiteropposition gewisse Veränderungen in der englischen Politik herbeizuführen kann.
Eine erste wichtige Folgeerscheinung der englischen Wahlsituation war die große Aktivität der kommunistischen Partei. Kurz vor der Wahl ist auch die erste Kammer der kommunistischen Tageszeitung erschienen, die den Namen „The Communist Daily“ trägt. Bisher hatte unter englische Arbeiterpartei bloß eine Wochenzeitung.

Ausland

Die „Macht“ des Sultans

Reuter meldet aus Konstantinopel über die Macht des Sultans: Freitag morgen begab sich der Sultan mit seinem Sohn Prinz Mehmed Entrolu und sechs Mitgliedern des Palaststabs nach dem britischen Marinestützpunkt, wo General Harrington und der britische Oberkommandant Henderson den Sultan empfingen. Der Sultan ging, offenbar doch jemand die Macht bemerkt, an Bord des „Mallorca“ und ließ nachrichtlich, daß er nicht daran abszudenken. Das Schiff ging sofort nach Malta ab. Reuter meldet, die Kamellen wurden zweifelslos verlesen, die Macht so darzustellen, als sei der Sultan unter britischem Druck geblieben. Es besteht nicht der geringste Grund für die Behauptung.

Zweifellos hat England ein Interesse an der „Macht“ des Sultans. Die Engländer brauchen die Aufrechterhaltung des Kalifats, weil sie mit dieser Sachmacht einen Druck auf ihre muslimischen Kolonialstaaten ausüben.
Achtliche Attentatsversuche belohnen deutsche Arbeiterkämpfer. Den heutigen Kalifats-Generalrat von der Welt gehen von einer ähnlichen Attentatsversuche eine Million Mark zur Unterstützung von Finnland, Lappern u. a. Bekanntlich haben sich einzelne deutsche Mitkämpfer dazu herabgelassen, annähernd 20 000 finnische Arbeiter im Interesse der finnischen Bourgeoisie als unzulässig. Wären die deutschen Soldaten den finnischen Kapitalisten nicht zu Hilfe gekommen, so wäre doch heute das finnische Proletariat die politische Macht der Welt gewesen. Die finnischen Revolutionäre haben die Unterstützung des finnischen Proletariats gemacht, haben nun den deutschen Schächtern ein Trübsal gegeben.

Die Einheitsfront von Hefflich bis Geilipien

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt in einem Artikel „Die Einheitsfront“ über das Stinnesprogramm:
Seute rufft man sich zu einem Programm auf, das aus mühsam und Ehrlich für Schritt den Reilen Wähler wieder hinaufziehen soll, auf dem die deutsche Politik und die deutsche Wirtschaft in Herrn Dr. Werlich Kangerler im Reichstag entgegengekehrt ist. Sammelbuch des Programms ist ein englisch- und keine Durchführung könnte ein Ziel des Chorgesangs für jeden wirklichen Staatsmann sein. . . .

Die Deutschlandern sind für das Stinnesprogramm, auf das sich die Parteien von der Volkspartei bis einschließlich der Sozialdemokratie geeinigt haben, und das auch der „Vorwärts“ für jede neue Regierung für verbindlich erklärt. Jede Regierung des Stinnesprogramms wird das Wohlwollen der Deutschlandern genießen und wird sich auf sie stützen müssen. Die Arbeiter wissen, was das bedeutet.

Verraten — aber nicht bestagt!

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 17. November.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Gewerkschaftsvorstände in der gestern abend stattgefundenen Sitzung das Versprechen, das sie den Unternehmern gegeben haben, eingehalten. Sie haben Abbruch des Streiks beschlossen, ohne die verantwortlichen Betriebsräte zu fragen. Sie lehnten sogar ab, einen Vertreter zu der daraufhin stattfindenden Betriebsratsvollversammlung zu entsenden. So mußte die genannte Sieberkommission allein die Vollversammlung leiten. In dieser Versammlung zeigte sich die elementare Kampfbeeinträchtigung. Es wurde nicht viel geredet, aber was gesagt wurde, das fand ungeteilte Zustimmung der Betriebsräte.

Als Maßstab des Kampfes wurde mit etwa 500 bis 600 Stimmen gegen nur zwei Stimmen eine Erklärung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Gewerkschaftsvorstände haben in keiner Weise ihre Pflicht erfüllt. Sie hätten nach Lage der Dinge und entsprechend dem Willen der Massen den einmaligen Beschluß der von der freigezeichneten Betriebsratsvollversammlung, die Vollversammlung aufzuschieben, das Generalstreik bis zum demnächstigen Tag zu erklären, und den Streikern die Möglichkeit zu geben, sich gegen die Unternehmern gegenüber, den Kampf schließens abbrechen, ohne entsprechende Garantie in Händen zu haben.
„Unter Verantwortung dort bemut, wollen wir alles daran setzen, eine größere Zerstückelung der Bewegung zu verhindern und beschließen haben, in voller Hinsicht bis zum demnächstigen Tag den Düsseldorf-Proletariat. Die Verantwortung für die Unter dieser Bewegung trifft in vollem Umfang die Gewerkschaftsinstanzen.“
Der Kampf ist nicht aufgehoben. Er ist nur verlegt. Ruffet zu neuen Kämpfen!
Die Vollversammlung der freigezeichneten Betriebsräte Düsseldorf und Umgebung.“

